

**Informationsbüro der
Deutschen Caritas und Diakonie
in Pristina**

**Monatsbericht
Februar/März 2002**

- 1 – Einleitung**
- 2 – Organisationen für besonders Beürftige**
- 3 – Kollektivzentren (TCS)**
- 4 - Gesundheitsversorgung**
- 5 – Minderheitenrückkehr**
- 6 - Allgemeines**
- 7 – Mazedonien**

1 – Einleitung

Obwohl beschlossen wurde, dass die Infostelle Pristina in diesem Jahr auch Mazedonien und Serbien in ihre Berichte miteinschließen soll, kann nicht erwartet werden, dass die gleiche detaillierte Informationen bei den relativ kurzen Besuchen der beiden Länder gewonnen werden können.

Was die Infostelle hauptsächlich versucht zu erreichen, ist eine umfassende Kontaktaufnahme mit kompetenten Organisationen und Personen vor Ort, über die Fragen in Zukunft beantwortet werden können.

Nach meinem Besuch in Mazedonien letzte Woche stellte sich erneut heraus, dass die Schicksale der beiden Regionen eng miteinander verknüpft sind. Der Kosovo stellt nach wie vor eine Quelle der Instabilität auf dem Balkan dar. Die albanischen Aufstände in Mazedonien wurden erwiesenermaßen von Teilen der ehemaligen UCK aktiv unterstützt.

Obwohl nun endlich mit der entschlossenen Hilfe des neuen UNMIK Leiters Michael Steiner im Kosovo ein Präsident (Ibrahim Rugova, LDK) und ein Premierminister (Bajram Rexhepi, PDK) gewählt wurden, machen neueste Ereignisse deutlich, dass die Entscheidung von UNMIK, die Ministerien des Justizwesens (vor allem bei Minderheitenfällen) und der Außenpolitik in ihren Händen zu halten, richtig war.

Im Januar wurden 3 TMK (ehemalige UCK) Mitglieder festgenommen, die Kriegsverbrechen gegen ihr eigenes Volk begangen haben sollen.

Die darauffolgenden wochenlangen, provinzweiten und oft gewalttätigen Demonstrationen zeigen, dass Gerechtigkeit in den Augen der Albaner mit zweierlei Maß gemessen wird.

Dies gilt allerdings auch für die Serben im Nordteil von Mitrovica, die Autos von UNMIK zerstörten und Benzinbomben auf den Parkplatz einer Polizeistation warfen

um gegen die Festnahme von 2 Serben zu demonstrieren, die des Mordes an einem Albaner beschuldigt werden.

Zur Sicherheit ist zu sagen dass, wenn auch nur noch vereinzelt, immer noch ethnisch motivierte Mord stattfinden, wie beispielsweise der an einer älteren Serbin im Februar in Lipjan (in der Nähe von Pristina). Sie wurde mit einer Schnellfeuerwaffe auf der Straße erschossen.

Die Zahl der kriminellen Überfälle und Morde hat ziemlich stark nachgelassen, was sicher auch dem erhöhten Einsatzes der hiesigen Polizei zu verdanken ist.

Die Hoffnungen, die die albanische Bevölkerung des Kosovo in Steiner legt, scheinen sich zu erfüllen. Am 7. März erklärte er dem Vizepremier von Serbien, Covic, der auch der Koordinator für den Kosovo ist, dass „Pristina nicht Belgrad und Belgrad nicht Pristina ist“¹ und dass „das Spiel klar sei“. Er werde nicht dulden, dass Belgrad sich in die Angelegenheiten des Kosovo einmische, da die UNMIK dafür zuständig sei. Vor allem werde er die parallelen Strukturen, mit denen Belgrad vor allem in Mitrovica regiert, abschaffen.

Nachdem sein Vorgänger Haekkerup seine Amtszeit in Belgrad zu verbringen schien, gibt Steiner den kosovarischen Albanern das Gefühl wieder, dass UNMIK auch für sie da ist.

Das größte Problem, mit dem Steiner in der Zukunft zu kämpfen haben dürfte, betrifft den endgültigen Status der Provinz. Die Interessen der beiden größten Bevölkerungsgruppen, Albaner und Serben, sind diametral entgegengesetzt:

So sehr die Albaner die Unabhängigkeit von Serbien bzw. Jugoslawien wünschen, so sehr fürchten die Serben sich davor. Rada Trajkovic, die Hauptabgeordnete der serbischen Partei *Povrtak*, die eines der neun Ministerien leiten wird, warnt vor einem Massenexodus der serbischen Bevölkerung², sollte der Kosovo die Unabhängigkeit erlangen.

Diese Drohung ist aller Wahrscheinlichkeit nach nur allzu real.

Dennoch wird dieses Problem, nachdem es über zwei Jahre von allen gemieden wurde, angegangen werden müssen. Denn nicht nur untermauert der unentschiedene Status die Entwicklung des Kosovo, sondern er ist auch der Stabilität ganzen Region abträglich.

2 – Organisationen für besonders Bedürftige

Dies ist sicher eines der wichtigsten Themen überhaupt – und es gibt Neues zu berichten.

Es gibt endlich ein paar Unterkünfte für alleinerziehende Mütter, wenn auch nicht für lange Zeiträume:

In **Gjakova** bietet die *Women's Association Shelter* zeitbegrenzte (für wie lange genau hängt vom jeweiligen Fall ab) Unterkünfte für Frauen und Kinder und Opfer häuslicher Gewalt. Die Kapazität beträgt 15 Frauen und Kinder.

¹ So berichten alle lokalen Zeitungen und internationale Pressemeldungen

² Rada Trajkovic, *Balkan Crisis Report*, Institute for War and Peace Reporting, 1.2.02

Ausgenommen sind allerdings Nicht-Kosovaren, geistig Behinderte und Minderheiten.

(Kontakt: Sakibe Doli, + 381 390 245 63)

In **Peja** sorgt die Organisation *Sisters of Mercy* dafür, dass Ältere und völlig Verarmte eine Unterkunft bekommen. Dies gilt für beide Geschlechter und über einen längeren Zeitraum. Ausnahmen sind schwer geistig Behinderte.

Das *Zentrum für psychologische Betreuung für Frauen, Kinder und Familien* in **Peja** und in **Prizren** bietet Betreuung tagsüber (nicht an Abenden oder Wochenenden) für schwer Traumatisierte und Opfer von Gewalttaten an.

(Kontakt: Ifakete Jasiqi, + 382 39 24089)

In **Pristina** ist das *Zentrum für den Schutz von Frauen und Kindern* für die Unterkunft von Opfern von häuslicher Gewalt zuständig, allerdings nur für zwei Frauen auf einmal und jeweils nur für ein paar Tage.

(Kontakt: Sevdije Ahmeti, + 381 38 529681 oder + 377 44 143716)

Der *UNHCR* in **Pristina** bietet eigentlich nur Unterkünfte für Flüchtlinge aus Südserbien, aber in Ausnahmefällen können auch andere Bedürftige untergebracht werden.

In allen großen Städten gibt es mittlerweile kostenlose rechtliche Betreuung für Frauen.

Gjakova: *Medica Women's Therapy Center*

Kontakt: Lorida Maloku/ Lola Vepriu, + 381 390 21372

Gjilan: *Liria*

Kontakt: Nazife Jonuzi, + 381 280 23458

Mitrovica: *Kujtimi Foundation*

Kontakt: Sheremet Ademi, + 381 28 30722

Motrat Qiriaz

Kontakt: Sanije Voca, motratqiriaz@ipko.org

Peja: *Kodi, Women's Lawyers*

Kontakt: Hamjete Loxha, + 381 39 20594

Center for the protection of women and children

Kontakt: Zekije Pupovski, + 381 39 28682

Pristina: *Norma*

Kontakt: Vjosa Nimani-Zylfiu, + 381 38 549 778

Prizren: *Teuta*

Kontakt: Nexhmije Bytyqi, + 381 29 23488

Das *Kosovo Information Project (KIP)* berichtet, dass mittlerweile überall durch Organisationen dafür gesorgt wird, dass alleinstehende Frauen/Mütter Arbeit bekommen. Sicher bemühen sich einzelne Organisationen darum, doch ist es übertrieben zu sagen, dass dadurch *alle* Frauen Arbeit bekommen.

Ansonsten hat sich an der Situation dieser Gruppe wenig geändert. Weder hat sich ihr sozialer Status gehoben noch stehen sie wirtschaftlich besser da als vorher.

3 – Kollektivzentren (TCS)

Für die Koordination dieser Zentren ist mittlerweile das *Department of Local Administration* zuständig, praktisch liegen sie in den Händen der jeweiligen Gemeinden.

Das Gebertreffen am 24. Januar 2002 erzielte folgendes Ergebnis:

Die vorhandenen finanziellen Mittel werden noch bis Juni 2002 ausreichen, doch

- die größten TCS für Minderheiten, d.h. vor allem Roma, befinden sich in der nördlichen Mitrovica Region. In den 22 TCS wohnen derzeit noch 1,360 Menschen. Die Zentren werden voraussichtlich bis Ende des Jahres geöffnet bleiben
- in Strpice (im Süden de Kosovo, vorwiegend serbisch besiedelt) beherbergen 4 TCS 413 Personen
- im Plementina Lager (nördlich von Pristina), das überwiegend Roma, Ashkali und wenige Serben beherbergt, befinden sich ungefähr 660 Personen
- auch viele der TCS für Albaner werden voraussichtlich über Juni 2002 hinaus geöffnet bleiben müssen
- zusätzlich sind sich die Geber bewußt, dass es aufgrund der Rückkehr von Kosovaren aus dem Ausland und der steigenden Zahl von Menschen, die die sogenannte zweite oder dritte Vertreibung³ vor sich haben, nicht möglich sein wird, die TCS tatsächlich im Juni 2002 zu schließen. Wahrscheinlich entsteht sogar ein Bedarf an weiteren TCS.

Insgesamt leben noch 2824 Albaner in den 33 zur Verfügung stehenden TCS und 1732 Angehörige von Minderheiten in den für sie vorgesehenen 26 TCS.

4 – Gesundheitsversorgung

Da es mir – wie schon erwähnt – als Laie und mit nur zwei Angestellten unmöglich ist, eine umfassende Liste über die Kapazitäten der hiesigen Gesundheitsversorgung zu erstellen, muß ich mich auf einzelne Informationen beschränken.

Erst vor kurzem bestätigte UNMIK, dass eine umfassende Studie oder eine Aktualisierung der *Essential Drug List* (Liste essentieller Medikamente; sie sollten umsonst vergeben werden) wohl nicht in Aussicht steht.

Im Hinblick auf die **Versorgung von geistig behinderten Patienten** schrieb Dr. Hannu Vuori, der internationale Vorsitzende des Ministeriums für Gesundheit, am 2. Februar 2002:

³ das bedeutet, dass sie Gastfamilien oder Familienangehörige, die diese Menschen bis jetzt beherbergt haben, verlassen müssen

„Die Versorgung von geistig Behinderten im Kosovo steht noch immer vor ernststen Schwierigkeiten. Die Anzahl schwer traumatisierter Menschen ist sehr hoch. (...) Es kommt ein Psychiater auf 90.000 Einwohner, ein Pfleger für geistig Behinderte auf 40.000 Einwohner, es gibt eine geringe Anzahl von Sozialarbeitern. Dazu kommt ein vollkommener Mangel an Betten für Notfälle. Man ist nicht in der Lage, psychotherapeutische Betreuung zu liefern. Vollkommener Mangel an Betten für chronisch Kranke, es ist keinerlei forensische Psychiatrie möglich. Obwohl es sich im Kosovo um die jüngste Bevölkerung Europas handelt, gibt es in der ganzen Provinz nur einen einzigen Kinderpsychiater. Für Drogenabhängige (ein wachsendes Problem) gibt es keine Spezialisten oder Institute.

Bisher gibt es 2 Zentren für geistig Behinderte in Gjakova und Ferizaj. Im Laufe des Jahres sollen weitere hinzukommen.

Zusammenfassend ist zu sagen, dass die Rückführung von geistig behinderten Personen, besonders chronisch Kranke, Kinder oder Jugendliche von Fall zu Fall geprüft werden sollte. Es ist wahrscheinlich, dass die meisten dieser Patienten im Kosovo nicht behandelt werden können.“⁴

Dialysepatienten aus Mitrovica, die im Krankenhaus im serbischen Norden nicht behandelt werden, müssen Tag für Tag nach Pristina, um sich dort in der Uniklinik behandeln zu lassen.

Sabri Hyseni, eine 48 Jahre alte Frau, die keine Füße hat, der ein Auge fehlt und die taub ist, erzählt: „Ich fahre morgens um 5 Uhr von Mitrovica los. Da das Krankenhaus in Pristina unter chronischer Überfüllung leidet, werde ich erst um 10 Uhr behandelt. Die Behandlung endet um 2 Uhr nachmittags. Dann muß ich eine halbe Stunde ruhen. Wenn ich nach Hause komme, ist meistens Sonnenuntergang.“⁵

Dazu kommt, dass die Dialyseapparate in Pristina sehr alt sind. Laut Dr. Prekazi haben sie 40.000 Arbeitsstunden ohne Wartung hinter sich⁶.

Die neueste Informationsausgabe der Weltesundheitsorganisation im Kosovo, *Health Action – in Kosovo*⁷ gab bekannt, dass die Epidemie **Tularemia** wieder im Kosovo ausgebrochen ist. Diese Krankheit kann tödlich sein (im Jahr 2000 starben einige Menschen daran). Sie wird von Zecken übertragen oder bricht durch das Konsumieren von rattenverseuchtem Wasser oder nicht durchgebratenem Fleisch von infizierten Tieren aus.

Die Epidemiezentren sind derzeit: Pristina, Lipjan und Obilic.

5 – Minderheitenrückkehr

Noch immer werden Häuser von Roma, deren Wiederaufbau gerade erst begonnen hat oder die gerade fertiggestellt worden sind, abgebrannt.

⁴ Übersetzung Ch. K.

⁵ Übersetzung Ch. K.

⁶ *Koha Ditore*, 5.2.02

⁷ im Internet zu finden unter: www.euro.who.int/emergencies

Noch immer wissen viele Angehörige von Minderheiten nicht, dass es Sozialhilfe gibt oder sie glauben einfach nicht an den guten Willen (der zugegebenermaßen oft fehlt) der Behörden. In Klina z. B. gibt es eine Romafamilie mit 46 Mitgliedern, die sich nicht ernähren können, die sich aber nicht trauen, die ihnen zustehende Sozialhilfe einzufordern⁸.

Doch soll 2002 wohl das Jahr der Minderheitenrückkehr werden. Dafür spricht der Besuch einiger deutscher Innenministern, die sich Ende Februar die Lage vor Ort ansahen.

UNMIK beauftragt so viele NROs wie möglich mit Projekten für rückkehrende Minderheiten und die Joint (??? Deutsch???) Task Force von UNMIK, UNHCR, KFOR und lokalen Behörden bemüht sich um Programme für eine reibungslose Rückkehr. Sehr weit scheinen sie damit allerdings noch nicht gekommen zu sein, so Rebecca Symington von der Return and Reconciliation Unit (Rückkehr und Versöhnungseinheit) der UNMIK in Peja.

Sicher ist die Rückkehr der Minderheiten positiv zu bewerten, erst recht, wenn sie freiwillig ist, aber unorganisiert oder gar in Massen würde sie den trügerischen Frieden hier sicher ins Wanken bringen.

Während für die rückkehrenden Serben trotz aller gegenteiliger Hoffnungen wohl nicht anderes als neue Enklaven übrigbleiben werden, sollen Angehörige der Roma, Ashkali und Ägypter „frei“ wieder angesiedelt werden.

Wie in der Gemeinde Lipjan, wo man plant, 130 Ashkalifamilien wieder anzusiedeln⁹. Noch gibt es keine Unterkünfte für diese Menschen und man weiß auch noch nicht wie die lokale Bevölkerung darauf reagieren wird.

Das Problem dabei wird sicherlich nicht einmal die Tatsache der Rückkehr an sich sein, sondern die große Zahl der Rückkehrenden.

Alles in allem hat man den Eindruck von leichter Panik und Desorganisation im „Feld“, während der UNHCR Pristina aus seinem hohen, sicheren Gebäude heraus zuversichtlich scheint, dass es keine Massenrückkehr geben wird. Gegen sie spricht man sich – wie gehabt – ganz deutlich aus.

Einem Problem steht UNHCR jedoch schon jetzt gegenüber: Der propagandaähnlichen Fehlinformationen der lokalen Presse. Diese behauptet, dass die Enklaven massiv vergrößert werden und dass ganz neue Häuser für Minderheiten gebaut werden sollen – Informationen, die Angst und ein Gefühl der ungerechten Bevorzugung bei der albanischen Bevölkerung erzeugen.

Auch die Dementierung dieser Aussagen von Seiten des UNHCR wird die einmal entfachten Zweifel nicht mehr auslöschen können.

Bleibt zu hoffen, dass die Rückführung im Rahmen bleibt.

6 - Allgemeines

EU Konsulat

⁸ Gespräch mit UNMIK Local Community Officer David Halley, 25.2.02

⁹ laut Local Community Officer, Lipjan, Robert Ngangue, 11.3.02

Laut *Koha Ditore* vom 5. Februar 2002 plant die EU, ein gemeinsames Konsulat in Pristina zu eröffnen. Dieses erste seiner Art (ein ähnliches Projekt für Nigeria scheiterte am mangelnden Interesse der Mitgliedstaaten) soll Visa für alle Staaten der Europäischen Union ausstellen. Der wirkliche Grund aber ist anscheinend nicht so sehr, Kosovaren zu einem Visa zu verhelfen, sondern die Ein- und Ausreise von Kosovaren in der EU zu überwachen.

Obwohl der Zeitungsartikel dies deutlich sagt, erweckt er überhöhte Hoffnungen bei der Bevölkerung. Viele Kosovoaren erzählten, dass sie gern tagelang anstehen werden, um das ersehnte Visum in ein westliches Land zu bekommen.

Jugoslawische Pässe

Wieder sind die Nummern von gefälschten und eventuell gestohlenen jugoslawischen Pässen in den hiesigen Zeitungen veröffentlicht worden. Demnach handelt es sich inzwischen um 18.000 Pässe, die illegal benutzt werden.

Alters- und Kriegsgeschädigtenrenten

Die Renten für Kriegsgeschädigte werden mittlerweile ausgezahlt. Die Mindestsumme beträgt 36, die Höchstsumme 77 Euro pro Monat.

Die Höhe der Altersrenten wird im Parlament beschlossen werden.

Ab jetzt sollen Arbeitgeber und –nehmer je 5% des Gehaltes in eine Altersrentenkasse einzahlen.

Einkommenssteuer

Eigentlich sollte sie ab Februar eingezahlt werden. Wegen Überlastung des zuständigen Amtes wurden sie laut lokaler Presse nun auf April verschoben, doch gibt die *Central Fiscal Authority* auf Befragung zu, dass eigentlich noch kein Termin feststeht.

Unterdessen bleiben die Kassen leer.

7 – Mazedonien

Es sind 3 Dinge, die die Stabilität in Mazedonien (und damit im Kosovo) weiterhin gefährden könnten¹⁰:

1. die Grenzfrage zum Kosovo
2. der geplante Zensus
3. die soeben verabschiedete Amnesty all derer, die am bewaffneten Konflikt in Mazedonien teilgenommen haben

1. Der UN-Sicherheitsrat bestätigte die von Jugoslawien und Mazedonien unterzeichnete Grenzverschiebung zwischen dem Kosovo und Mazedonien. Die Grenzverschiebung zugunsten Mazedoniens war letztes Jahr ohne die Beteiligung kosovarischer Politiker zustande gekommen.

Der neue Premier des Kosovo, Bajram Rexhepi, stellte jedoch gleich nach Amtsantritt klar, dass „die (kosovarische) Regierung diese Übereinkunft nicht

¹⁰ Gespräche mit Mitarbeitern der OSZE, European Commission Monitoring Mission (EUMM), dem Institute of War and Peace Reporting zwischen dem 4. und 8. März 02

akzeptiert. (..) Wir werden sicher im Parlament eine Resolution dagegen entwerfen, die wir dem Sicherheitsrat zusenden werden.“¹¹

Der Kommandant von KFOR bestätigte jedoch: „Die Entscheidung ist klar. Nun können die Institutionen im Kosovo tun, was sie wollen. Für die UN und die NATO ist alles klar.“¹²

Nicht nur diese Aussage von Rexhepi macht den Mazedonen Sorgen, sondern auch der andauernde Waffen –und Güterschmuggel aus dem Kosovo nach Mazedonien.

2. Bald, d.h. wahrscheinlich gegen Ende des Jahres, werden Wahlen in Mazedonien stattfinden. Doch zuvor muß eine Registrierung der Bevölkerung durchgeführt werden.

Dabei wird herauskommen, dass viele Albaner und andere Angehörige von Minderheiten keine Identitätsausweise besitzen. Auf der einen Seite werden sich die Albaner darüber bitterlich beschweren. Auf der anderen Seite könnte – sollten die Albaner trotzdem irgendwie registriert werden – sich herausstellen, dass die Behauptung der Albaner, dass sie mehr als die offiziellen ca.30% der Bevölkerung stellen, stimmt.

Dies könnte die Animosität der ethnischen Mazedonen, die unter anderem auf Angst der mazedonischen Bevölkerung vor einer albanischen Mehrheit gründet, um ein Vielfaches steigern.

Das gerade verabschiedete Amnestiegesetz ruft eine Welle der Empörung bei der ethnisch mazedonischen Bevölkerung hervor. Zur Verdeutlichung:

1999 wurden im Zuge der Amnestie für zwei albanische Bürgermeister, die aufgrund albanisch-nationalistischer Aktivitäten im Gefängnis saßen, auch mehrere mazedonische Kriminelle freigelassen, um nicht den Anschein zu erwecken, albanischen Nationalismus zu unterstützen.

Die mazedonische Bevölkerung aber reagierte anders als von den Behörden geplant: Kriminelle sind Kriminelle, egal welcher ethnischen Zugehörigkeit und verdienen keine Amnestie.

Nicht überraschend also, dass die Amnestie derer, die sich bewaffnet gegen die Mazedonier gerichtet haben, keine Zustimmung bei der Bevölkerung hervorruft.

Ganz im Gegenteil: Haben sich die Mazedonen schon kurz nach dem Krieg von der internationalen Gemeinschaft und ihren eigenen Politikern verraten gefühlt, so läßt die Amnestie dieses Gefühl der ungerechten Behandlung nur noch weiter steigen.

Und das ist nicht überraschend. Zehn Jahre lang galt das kleine Land als Musterbeispiel für Stabilität und Zurückhaltung auf dem Balkan.

Sicher waren die mazedonischen Albaner jahrzehntelang benachteiligt und ihre Unzufriedenheit verständlich. Der bewaffnete Konflikt jedoch begann zu einem Zeitpunkt, als viele Reformen zu ihren Gunsten nicht nur geplant, sondern sich schon in der ersten Implementierungsphase befanden. Es war der letzte Zeitpunkt für die albanische Rebellenarmee NLA einen Krieg zu beginnen¹³.

Zunächst bezeichnete der NATO Generalsekretär Lord Robertson diese Truppe als Terroristen, doch schon bald änderte er ihre Bezeichnung in Freiheitskämpfer und legitimierte so den bewaffneten Aufstand.

¹¹ Übersetzung Ch. K., Bericht in allen lokalen Tageszeitungen

¹² Übersetzung Ch. K.

¹³ Andreas Raab, OSZE Skopje, 9.3.02

Die Mazedonen hatten mit diesem Krieg überhaupt nicht gerechnet und waren denkbar schlecht vorbereitet. Weder hatten sie Waffen noch ausgebildete Kämpfer im Gegensatz zu den albanischen Guerillas, die vom Kosovo aus bestens ausgerüstet und trainiert waren.

Doch plötzlich waren die Mazedonier die „Bösen“.

Die letzteren Aussagen sollten in keiner Weise als Rechtfertigung der einen oder Verdammung der anderen Gruppe mißverstanden werden, sondern als eine Erklärung für den Unmut der Mazedoniern.

Obwohl von intellektueller Seite aus niemand mehr mit einem bewaffneten „Frühlingsaufstand“ rechnet, so hat die „normale“ mazedonische Bevölkerung doch ganz offensichtlich große Angst davor, zumal die Medien diese Angst noch schüren¹⁴.

Von Versöhnung der beiden ethnischen Gruppen kann jedenfalls kaum geredet werden.

So brennen immer noch viele gerade wiederaufgebaute Häuser von Mazedoniern in albanischen Mehrheitsgebieten oder explodieren Granaten, während Mazedonier allen Minderheiten extrem mißtrauisch und feindselig gegenüberstehen.

Langsam aber sicher entstehen „ethnisch reine Gebiete“. Die Medien zerreißen sich in propagandistischen Artikeln und selbst Intellektuelle auf beiden Seiten, die jahrelang für Versöhnung gearbeitet haben, haben den Kontakt eingestellt.

In den Kollektivzentren befinden sich ca. 2.800, in Gastfamilien ungefähr 10.000 intern Vertriebene, deren Rückkehr derzeit mehr als aussichtslos erscheint.

Nicht nur in der Bevölkerung, auch unter den politischen Parteien herrscht Uneinigkeit, und der ethnische Konflikt wird von den Machthabern eher ausgenutzt als eingedämmt.

Die Rückkehr der multi-ethnischen Polizei besteht bisher nur aus „Besuchen“ in den einzelnen Orten, wenn sie denn nicht ganz blockiert wird. Von eigentlicher Polizeiarbeit kann nicht gesprochen werden.

Der größte Problemfaktor jetzt und für die Zukunft liegt jedoch in der sich immer mehr verschlechternden wirtschaftlichen Lage. Menschen, die nichts zu essen haben, suchen bekanntermaßen einen Sündenbock für ihre Not. In Mazedonien werden dies nicht nur die Regierung, sondern die jeweils anderen ethnischen Gruppen sein. Schon jetzt liegt die Arbeitslosigkeit bei weit über 30% bei steigender Tendenz.

Die Korruption unter den Politikern blüht und trägt zu einer immer größer werdenden Unzufriedenheit bei.

Die ehemalige „Kornkammer des Balkans“ befindet sich in einer äußerst prekären Lage mit keiner großen Aussicht auf Besserung.

Pristina, den 12. März 2002
Christina Kaiser

¹⁴ Gespräche mit mazedonischen Einwohnern